

MAI'16/NR.02

GREENFO

INFORMATIONSBULLETIN DER GRÜNEN SCHWEIZ



- FRÜHLINGSERWACHEN 2
- JA ZUM GRUNDEINKOMMEN 3
- NEIN ZUR MILCHKUH-INITIATIVE / PAROLEN 4



ALLE AN DEN

MENSCHENSTROM

GEGEN ATOM

19. JUNI 2016, MENSCHENSTROM.CH



Das neue Präsidium (v.l.): Gina Rüetschi (TG, Vizepräsidentin, neu), Gerhard Andrey (FR, Vizepräsident, neu), Regula Rytz (BE, Präsidentin, neu), Balthasar Glättli (ZH, Fraktionspräsident), Lisa Mazzone (GE, Vizepräsidentin, neu), Luca Maggi (ZH, Vizepräsident, bisher), Bastien Girod (ZH, Vizepräsident, bisher).

FRÜHLINGSERWACHEN

Die Delegiertenversammlung im April war von Aufbruchstimmung geprägt. In den letzten Monaten sind die Grünen wieder in die Gewinnzone gerückt. Bei den neuesten kantonalen Wahlen blieben wir stabil. Und in den Gemeinden waren gar veritable Luftsprünge möglich. So zum Beispiel im Kanton Waadt, wo wir unsere Mandate auf Gemeindeebene um 24 Prozent steigern konnten. Ein ungewöhnliches Wachstum für eine wachstumskritische Partei. Erfolgreich waren die Grünen auch im Kanton Bern mit dem Referendum gegen die Kürzung der Prämienverbilligungen. In Basel und Emmen fanden grüne Initiativen gegen den Verkauf von öffentlichem Boden eine Mehrheit. Die

Bilanz zeigt: Unsere Mitglieder wurden durch den Rechtsrutsch nicht entmutigt, sondern setzen sich hartnäckig für grüne und soziale Verbesserungen ein.

Zukunft grün

Mit diesem Schwung will auch das neue Präsidium seine Arbeit anpacken. Nach der Verabschiedung von Adèle Thorens, Jo Lang und Robert Cramer wurde in Zofingen die neue Parteileitung gewählt. In ihr sind Kontinuität und Erneuerung, die Sprachregionen, Frauen und Männer, aber auch die alternative Wirtschaft gut vertreten. Die breite Abstützung ist wichtig, denn es stehen Herkulesaufgaben an. Mit dem ökologischen Umbau der Wirtschaft und dem geordneten Ausstieg

aus der Atomenergie kommen im Herbst gleich zwei grüne Volksinitiativen an die Urne. Parallel dazu geht der Kampf gegen Rechtspopulismus, Offshore-Finanzplätze und den Abbau von Grundrechten in die nächste Runde. Unter dem Stichwort «Zukunft grün» wollen wir auch die interne Diskussion vertiefen. Nur wenn wir stärker zusammenwachsen, können wir mit Kopf, Herz und Rückgrat die Welt verändern. Denn wer will, dass sie so bleibt, wie sie ist, der will nicht, dass sie bleibt (Erich Fried). Ich danke allen für das Vertrauen und die Unterstützung!

Regula Rytz, Nationalrätin und Präsidentin der Grünen Schweiz

Impressum

greenfo – Informationsbulletin der Grünen Partei der Schweiz,
Waisenhausplatz 21, 3011 Bern,
Tel. 031 326 66 00, Fax 031 312 66 62
www.gruene.ch – gruene@gruene.ch
PC 80-26747-3 – Datum: April/Mai 2016;
Auflage: 5900 Exemplare; Redaktion: R. Turla, R. Rytz;
Design-Konzept: einmolog; Layout: muellerluetolf.ch;
Druck: Bubenberg Druck; Bilder: Menschenstrom gegen Atom, 2011, menschenstrom.ch (1), R. Turla (2), B. Devènes (3, Autorenbilder), Komitee Nein zur Milchkuh-Initiative (4).

TAGUNG ZUM THEMA GRÜNE WIRTSCHAFT

Am 25. Juni 2016 debattieren in der Schweiz nationale und internationale Gäste aus Politik, NGO und Wirtschaft rund ums Thema **Grüne Wirtschaft**. Gemeinsam mit den Europäischen Grünen organisieren die Grünen Schweiz eine Tagung zum Thema «Policy for a Sustainable Future»: Mit welchen politischen Mitteln gehen wir dringende ökologische und soziale Herausforderungen an und ermöglichen gleichzeitig wirtschaftliche Chancen? Wie reagieren innovative Unternehmen bereits heute auf Klimaerwärmung, drohende Ressourcenknappheit und zunehmende Abfallberge? Weitere Infos unter: www.gruenewirtschaft.ch.

DAS GRUNDEINKOMMEN, EINE SELBSTVERSTÄNDLICHKEIT!

Die Parole zum Grundeinkommen war an der Delegiertenversammlung umstritten. Am Schluss setzte sich das Ja durch. Die Genferin Lisa Mazzone erklärt die Unterstützung der Grünen.

Wer zum ersten Mal von der Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens hört, hält es womöglich für eine Utopie. Wenn man es sich genauer anschaut, stellt man fest: So weitermachen wie bisher, das ist noch viel utopischer! Ganz im Sinne ihrer Rolle als Vorreiter-Partei nahmen die Grünen diese Idee schon im Jahr 1999 auf.

Der Mythos der Vollbeschäftigung ist zusammengebrochen. Im Zug der fortschreitenden Automatisierung und der Digitalisierung werden zahlreiche Berufe verschwinden. Wenn uns Maschinen mühselige Arbeiten abnehmen oder wir mehr Freizeit haben, dann sollten die Menschen auch etwas davon haben. Nun aber sind parallel zur technologischen Entwicklung auch der Konsum und die Produktion im Übermass gewachsen. Das Resultat: Die jetzige Situation ist nicht haltbar. Weder für die Menschen, noch für unseren Planeten.

So wie bis jetzt kann man auch nicht weitermachen

Unsere Gesellschaft baut auf Lohnarbeit. Dennoch sind 60 Prozent der fürs Leben notwendigen Tätigkeiten unentgeltlich; Vollbeschäftigung gibt es ohnehin nicht. Die Folge: Weite Teile der Bevölkerung sind vom Erwerbsleben ausgeschlossen. Wer sich nicht im gängigen Modell eingliedern kann, wird stigmatisiert. Der beste

Beweis dafür ist, dass jede



zweite Person, die berechtigten Anspruch auf Sozialhilfe hätte, aus Scham darauf verzichtet. Die Arbeitswelt hat sich auf besorgniserregende Art verändert. Es wird immer öfter Überarbeitung beklagt, und die Gesundheitskosten im Zusammenhang mit Krankheitsfällen wegen Überlastung im Beruf verschlingen Milliarden Franken.

Eine blühende Gesellschaft

Für die Grünen ist das bedingungslose Grundeinkommen ein besseres Mittel für die Umverteilung des Reichtums. Es macht die Menschen unabhängiger. Es wertet unbezahlte Arbeit auf, während es gleichzeitig die Arbeitsteilung verbessert. Umfragen zeigen, dass viele Menschen weniger arbeiten und dafür mehr Freizeit für das Familienleben haben möchten. Fast die Hälfte der Befragten gibt an, sich gemeinnützig engagieren zu wollen, und jede vierte Person möchte sich beruflich selbstständig machen.

Förderung der Innovation, gesellschaftliche Teilhabe, geteilte Verantwortung für Familie und Haushalt: Das Grundeinkommen unterstützt die Realisierung vieler Grüner Grundhaltungen und Zielsetzungen. Weiter stärkt das Grundeinkommen die LohnbezügerInnen im Kampf gegen inakzeptable Arbeitsbedingungen und für die Aufwertung gewisser Aufgaben. Und last but not least bremst das Grundeinkommen den Produktivismus und den übermässigen Konsum, welche stark dazu beitragen, dass die natürlichen Ressourcen ausgehen und die Ungleichheit auf der Welt zunimmt.

Lisa Mazzone, Nationalrätin GE



NEIN ZUR BLUTEGEL-INITIATIVE

ABSTIMMUNG VOM 5. JUNI ZUR INITIATIVE «FÜR EINE FAIRE VERKEHRSFINANZIERUNG»

Das bedauerliche Ja zur zweiten Gotthardstrassenröhre hat den Appetit der Auto-Lobby nicht gestillt. Mit einer Initiative reitet sie einen Raubzug auf die Bundeskasse und will die Schweiz mit neuen Autobahnen überziehen. Die Grünen sagen Nein zu dieser Beton-Kahlschlagpolitik.

Die Tarife für den öffentlichen Verkehr (ÖV) sind seit 2010 um 15 Prozent angestiegen. Ein weiterer Teuerungsschub von 3 Prozent steht vor der Tür. Dem motorisierten Individualverkehr (MIV) wurden im gleichen Zeitraum keine Mehrkosten zugemutet. Im Gegenteil: Die Abgaben sind seit 40 Jahren auf tiefem Niveau stabil. Wenn die Autolobbyisten jammern, sie seien die «Milchkühe der Nation», dann wirft dies ein schlechtes Licht auf ihre Rechenkünste. Selbst der Preisüberwacher kritisiert, dass sich die Schere zwischen MIV und ÖV immer weiter öffnet und die Bahn finanziell an Attraktivität verliert. Verdrängt werden auch die externen Kosten des Verkehrs. Der MIV verursacht jährlich rund sechs Milliarden Franken ungedeckte Schäden an Umwelt, Gesundheit und Infrastruktur (vgl. <http://bit.ly/22IfQNf>).

Ein Angriff auf Bildung und Klimaschutz

Anstatt das Verursacherprinzip zu stärken, will die «Milchkuh-Initiative» 1,5 Milliarden Franken Mineralölsteuer-Erträge aus der Bundeskasse in den Strassenfonds umlenken. Keine andere Bundesaufgabe würde so vergoldet wie der Strassenbau. Das Loch soll durch Sparmassnahmen bei Bildung und Forschung, öffentlichem Regionalverkehr, Entwicklungszusammenarbeit oder sozialer Wohlfahrt gestopft werden. Damit gleicht die



Initiative mehr einem Blutegel als einer Milchkuh. Und sie torpediert mit der geplanten Strassenbauoffensive die Klimaschutzziele, zu der sich die Schweiz verpflichtet hat. Der doppelte Rückwärtssalto lässt sich nur mit einer engagierten Kampagne verhindern. Helft mit!



Regula Rytz, Nationalrätin

DIE PAROLEN DER GRÜNEN ZU DEN WEITEREN ABSTIMMUNGEN

JA zur Änderung des Asylgesetzes

Diese vom Bundesrat initiierte Vorlage will die Asylverfahren neu strukturieren, um sie rascher und fairer abzuwickeln. Hierfür können Asylsuchende neu auf einen stärkeren Rechtsschutz zählen. Der seit 2014 laufende Zürcher Testbetrieb zur Neustrukturierung des Asylbereichs hat gezeigt, dass dies der richtige Weg ist. Die Grünen sagen JA, weil die Asylverfahren mit der unentgeltlichen Rechtsvertretung fairer sind. Sie begrüßen auch, dass die Verfahrensdauer kürzer ist und Flüchtlinge nicht jahrelang auf einen positiven Entscheid warten müssen.

NEIN zur Volksinitiative «Pro Service public»

Die Initiative hält nicht, was ihre verlockende Etikette verspricht. Das Ziel sind weniger Kosten und bessere Qualität beim Service public (Post, öV, Telekommunikation etc.). Die Initiative will dazu die Quersubventionierung abschaffen. Das bedeutet das Ende für unrentable Poststellen und öV-Linien, die auf Quersubventionierungen angewiesen sind. Betroffen davon wären Randregionen. Ein Nein zu dieser Initiative ist keinesfalls ein Nein zum Service public. Die Grünen setzen sich für eine gute Grundversorgung in Städten, Agglos und auf dem Land ein.

Stimmfreigabe zur medizinisch unterstützten Fortpflanzung

Die Bevölkerung hat vor fast einem Jahr einer Verfassungsänderung zugestimmt, um über dieses Bundesgesetz überhaupt abstimmen zu können. Das Gesetz will ermöglichen, dass man vor der künstlichen Befruchtung diagnostiziert, ob mit Behinderungen für das Kind zu rechnen ist. Für die Präimplantationsdiagnostik (PID) spricht, dass unfruchtbare Paare eine Chance auf Kinder bekommen. Gegen die PID spricht, dass Paare Erbgut als unerwünscht taxieren können. Dies eröffnet die Möglichkeit zur gezielten Selektion von Menschen.